



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

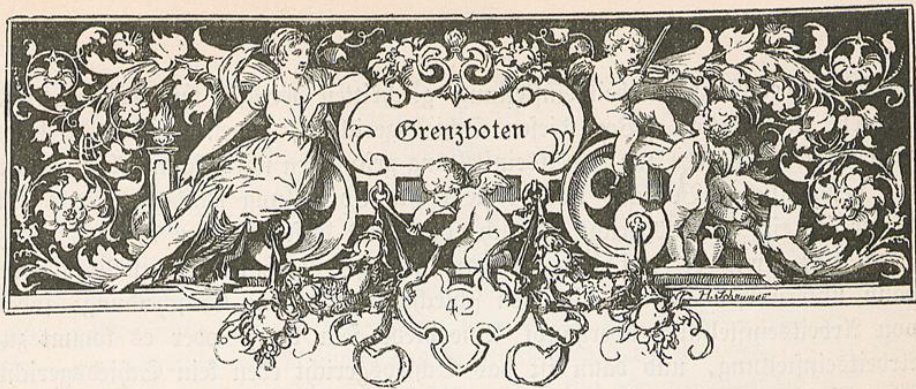
**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Ex aequo

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Ex aequo



n der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik, die kürzlich in Frankfurt a. M. abgehalten worden ist, hatte in der zweiten Sitzung, die sich mit den Arbeitseinstellungen beschäftigte, Professor Brentano das Referat übernommen. Darin verlangte er eine Organisation der Arbeiter und Arbeitgeber, durch die die Gleichberechtigung zwischen beiden so hergestellt werde, daß der Arbeiter mit dem Arbeitgeber ex aequo, mit gleichem Rechte und auf gleichem Fuße, verhandeln könne.

Es geht doch nichts über eine schöne Phrase, vollends wenn sie den Anspruch eines Prinzips erheben kann. Wie menschenwürdig klingt dieses ex aequo! Zwar daß infolge einer solchen Organisation ex aequo „die Kämpfe zwischen Arbeitern und Arbeitgebern eine Verschärfung erfahren“ würden, sagt Herr Professor Brentano selbst; andererseits aber wäre, so belehrt er uns weiter, „doch eine Grundlage für eine Einigung über etwaige Streitpunkte geschaffen.“ Wie diese beiden Aussagen neben einander bestehen sollen, das legt sich wohl nur im Kopfe eines deutschen Professors zurecht, der es versteht, mit seinen Theorien dem praktischen Leben ein Schnippchen zu schlagen; in dem Kopfe gewöhnlicher Sterblichen vertragen sich die beiden Sätze nicht neben einander. Da sagt sich jedermann, daß, wenn der Kampf verschärft wird, auch die Grundlage für eine Einigung immer mehr zerstört werden muß. Was darum dem Herrn Referenten als ein aequum erscheint, das erscheint dem, der das Leben kennt und die Menschen so nimmt, wie sie sind, als das schlimmste iniquum; deshalb wird er auch die Vorschläge des Herrn Professors mit einigem Mißtrauen betrachten.

Diese Vorschläge gingen nämlich dahin, die Organisationen der Arbeiter, die sich verpflichteten, sich bei Streitigkeiten einem Schiedsgericht zu unter-

werfen, „bevor zur Arbeitseinstellung geschritten wird,“ mit Korporationsrechten auszustatten. Von diesen Schiedsgerichten, denen sich der Arbeiter unterwerfen soll, ehe zur Arbeitseinstellung geschritten wird, kann sich nun zwar ein gewöhnlicher Verstand auch keine rechte Vorstellung machen. Denn entweder ist ein Schiedsgericht wirklich eins, das diesen Namen verdient, nicht etwa eins, wie es auf dem Bergarbeitertage zu Halle aufgestellt wurde; dann unterwerfen sich die Parteien schlechterdings seiner Entscheidung, sodaß von Arbeitseinstellung überhaupt keine Rede sein kann, oder es kommt zur Arbeitseinstellung, und dann ist das Schiedsgericht eben kein Schiedsgericht. Aber Brentano ist so sehr von der Vortrefflichkeit seines Vorschlages überzeugt, daß er sogar sozialdemokratischen Fachvereinen Korporationsrechte verleihen will, „sofern diese Bezeichnung [sozialdemokratisch] sich nur bezieht auf die Gesinnung und nicht auf die Handlungen der Angehörigen solcher Vereine.“ Das ist auch so eine kluge Erfindung, die nach dem alten Rezept gemacht ist: Gedanken sind zollfrei. Stich halten aber wird die Erfindung nicht; die Gesinnung hat zum Vater den Gedanken, und der Gedanke wartet überall auf die Stunde, wo er zur That werden kann. Wo es anders ist, da ist nicht von Gesinnung zu reden, sondern von einem Schwachkopf, in dem kein Gedanke steckt. Der Gesinnung folgt die That mit Notwendigkeit; wann, das hängt von der Gelegenheit ab. Das liegt in der Natur des Menschen. Niemand konnte das dem Herrn Referenten auf dem Frankfurter Vereinstage deutlicher zu Gemüte führen, als Herr Bück aus Berlin, der den subtilen Ausführungen des Herrn Professors die Forderungen des wirklichen Lebens entgegenstellte und dem Ex aequo-Verhandeln „zwischen den beiden Faktoren der Produktion“ (es geht doch nichts über die vornehme Sprache!) den Standpunkt klar machte, indem er nicht zu verkennen hat, daß auch mit der heutigen gesellschaftlichen Ordnung untrennbar das Unterordnungsverhältnis verknüpft sei, in das der Arbeiter zum Arbeitgeber mit dem Abschluß des Arbeitsvertrages trete. So gewiß es wahr ist, daß dieser Abschluß selbst frei ist, also auf der Grundlage ex aequo vollzogen wird, ebenso gewiß ist es auch, daß nach dem Abschluß des Vertrages das Wort Goethes erfüllt sein will: „Dir selbst sei treu und treu dem andern, dann ist die Enge weit genug!“ Herr Bück hatte gegenüber dem Gerede von einer fortlaufenden Gleichberechtigung in dem Verhältnis des Arbeitgebers und des Arbeiters ganz Recht, wenn er darauf hinwies, daß unsere ganze bürgerliche Ordnung auf Autorität auf der einen und auf Unterordnung auf der andern Seite beruhe, und daß es, ohne diese Ordnung zu zerstören, nicht möglich sein würde, die Arbeiter von aller mit der Autorität verbundenen Unterordnung und von aller mit der Unterordnung verbundenen Beschränkung des Selbstbestimmungsrechtes zu befreien. Auch war es sehr gut angebracht, wenn Bück darauf hinwies, daß der Satz von der Autorität und der Unterordnung bis in die gebildetsten Kreise hinauf gelte. Der höchste

Beamte im Staate hat sich ja, wenn er seine Arbeit verwerten will, den Bedingungen zu fügen, die dieser Arbeit gestellt sind. Es wäre sehr zweckmäßig, wenn unsre wissenschaftlichen „Celebritäten“ anstatt mit Gleichberechtigung, Arbeiterorganisationen, Ex aequo-Verhandlungen u. dergl. den Verstand der Massen doch zunächst lieber damit aufhellen wollten, daß sie sie mit klaren und entschiednen Worten auf die Bedingungen hinwiesen, unter denen jeder menschliche Verband überhaupt lebensfähig wird und bleibt. Wer das angeführte Goethische Wort hat verstehen lernen, der hat mehr an wahren Glück gewonnen, als ihm alle Nachahmung der englischen Einrichtungen, auf die Herr Professor Brentano jetzt so gern hinweist, als alle Streiks diesseits und jenseits des Kanals, und als alle schönen Reden von Freiheit und Gleichberechtigung je geben können. Übrigens hatte auch Professor Schmoller das Richtige getroffen, wenn er meinte, daß wenn man im Sinne Brentanos Unternehmer und Arbeiter organisiert gegenüber treten lassen wollte, so müßte die Gesetzgebung und die Verwaltung die Zügel in die Hand nehmen, wenn nicht entsetzliche Zustände entstehen sollten.

Einen Vorgeschmack dieser Zustände boten bereits die Bewegungen der sozialdemokratischen Arbeiterwelt in den letzten Wochen vor dem Aufhören des Sozialistengesetzes. Es ist unglaublich, wie die Leidenschaften schon vor dem 1. Oktober in den sozialdemokratischen Versammlungen entfesselt worden sind. Was Professor Schmoller sagte, das wird sich nach dem Aufhören des Sozialistengesetzes sehr bald ergeben. Der Freisinn und was mit ihm in der Opposition gegen das Gesetz zusammenhielt, wird uns schwerlich schützen. Er sieht jetzt seinen Wunsch nach Geltung des allgemeinen gleichen Rechtes erfüllt, er hat auch die vielverlangte Möglichkeit, mit geistigen Waffen die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Er wird nun seine Kunst zeigen. Nach dem, was er bis jetzt geleistet hat, ist allerdings von der Arbeit des freisinnigen Heldentums nicht viel zu sehen gewesen. Und er hätte doch so viel Gelegenheit dazu gehabt. Das ganze Register der sozialdemokratischen Anklagen gegen die bürgerliche Gesellschaft und alle Saiten der Beglückungsmusik in der neuen sozialdemokratischen Gesellschaft sind uns in Zeitungen und in Versammlungen gezogen und aufgezogen worden. Immer und immer wieder werden die Themata von der versauften Kultur des heutigen Staates, von der erschrecklichen Tyrannei unsrer Zustände, von der Vortrefflichkeit der neuen sozialdemokratischen Welt variiert und den Scharen der Gläubigen als Evangelium vorposaunt. Alles, was gesprochen wird, endet damit, daß die bestehende Gesellschaft im Verwesens sei, daß alle Hilfe, die sie bringt und noch bringen wolle, eitles und nichtswürdiges Flickwerk sei, daß nur der Umsturz aller Dinge das Heil enthalte. Es hilft dem Arbeiter keine Sparsamkeit, keine Mäßigkeit, keine Arbeitsamkeit, sondern, so trägt es die immer wieder gepredigte Weisheit des Liebknecht-Befehlschen „Berliner Volksblattes“ vor, „für

den Arbeiter ist der beste Weg, vorwärts zu kommen, der, der ihn dazu führt, daß er in den Besitz der gesamten Produktionsmittel kommt." So wird die Einziehung aller Privatvermögen genannt, und die Heuchelei, die nirgends stärker ist, als bei den sozialdemokratischen Aposteln, behauptet mit dieser Einziehung sehr maßvoll zu sein gegenüber dem Kommunismus der „unwissenschaftlichen Anarchie." Das Blatt belehrt uns weiter, daß „damit, d. h. mit der Besitzergreifung der gesamten Produktionsmittel durch die ganze arbeitende Gesellschaft, die Ausbeutung durch andre wegfällt, und damit wird auch die moderne kapitalistische Tugend der Strebbarkeit ihren Boden verlieren, eine Tugend, die nur zum Vorteil des einen geübt werden kann, wenn der andre darunter leidet. Diese Tugend kann eben nur eine kapitalistische sein." (Berliner Volksblatt vom 2. September.)

Damit hat denn die sozialdemokratische Weisheit das abgethan, was die Menschheit bisher Fleiß und Arbeitsamkeit, Tüchtigkeit und Streben, vorwärts zu kommen, nannte, der neue sozialdemokratische Staat braucht alle die Tugenden, die ein solches Vorwärtskommen ermöglichen, nicht. Nebenbei sei bemerkt, daß, wenn vom „Staat" bei unsern deutschen Sozialdemokraten die Rede ist, man natürlich nicht etwa an einen deutschen Staat denken darf; die Sozialdemokratie reißt alle Grenzen nieder, sie ist international. Darum ist der Sedantag für sie „platter Kultus der Blut- und Eisenbarbarei, und darum auch ziemlich viel Kultus ihres zum Glück jetzt zerschmetterten Vertreters," wie Bismarck einmal zur Abwechslung genannt wird; für gewöhnlich führt er jetzt bei den sozialdemokratischen Zeitungsschreibern den Namen des „redseligen Greises in Friedrichsruh." Diesen Zeitungsschreibern sind alle Bemühungen, die Kapital und Arbeit versöhnen wollen, nur ein Beweis, daß „die herrschenden Interessrichtungen den Glauben an ihr Recht mehr und mehr verlieren." Wenn in einem nicht sozialdemokratischen, etwa in einem nationalliberalen Schriftstück die Pflicht der ausgleichenden Gerechtigkeit für die bürgerliche Gesellschaft betont und verlangt wird, daß das Bestehende so gestaltet werde, daß möglichst viele eine Quelle der Zufriedenheit darin finden, so ist der Ausdruck „möglichst viele" dem sozialdemokratischen Wähler eine „schlau erdachte Wendung"; „wenn man glaubt, mit solcher ausgleichenden Gerechtigkeit das Fortschreiten und den Sieg der erlösenden Sozialgerechtigkeit verhindern zu können, so irrt man." Alle Leitartikel dieser Presse, gleichviel, was sie behandeln, endigen mit dem Refrain: Es wird nicht eher besser, als bis der jetzige Staat ein Ende hat; das nennt man „Beseitigung der heute herrschenden sozialen Einrichtungen." Um ein Beispiel von vielen anzuführen: das „Berliner Volksblatt" vom 5. September brachte einen Aufsatz über die „Schnapspest." Darnach sind alle Maßregeln, die man zur Bekämpfung des Schnapsteufels auch treffen mag, lächerlich oder thöricht; wir stehen vielmehr auch hier vor der sozialen Frage. „Höhere Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung (d. h. höhere Löhne und

kürzere Arbeitszeit), das ist vorläufig das einzig wirksame Mittel gegen den verderblichen Alkoholgenuß." Also „vorläufig“ hohen Lohn und kurze Arbeitszeit. Denn der Sozialdemokrat hat ein zweifaches Programm; das eine enthält die Forderungen, die zu stellen sind, so lange der heutige Staat noch besteht, das andre die, die in der sozialen Neuordnung ihre Verwirklichung finden sollen. Wie diese Neuordnung sein wird, das uns zu lehren, giebt sich der Sozialdemokrat „vorläufig“ keine Mühe; er versichert nur mit voller Bestimmtheit, daß in der sozialdemokratischen Weltordnung alle Übel der heutigen Gesellschaft ganz von selber verschwinden werden; unter andern auch die Schnapspest. „Vollständig beseitigt, so schließt der erwähnte Aufsatz, wird aber die Schnapspest erst werden nach Beseitigung der heute herrschenden sozialen Einrichtungen.“

Das Thema vom Parteiprogramm wird vor allem in den Parteiversammlungen vorgenommen, wo es der großen Masse derer, denen das Lesen der Parteiblätter zu schwer wird, fertig aufgetischt wird. Kein Tag vergeht, ohne daß eine ganze Anzahl sozialdemokratischer Vereine den Gläubigen die Gelegenheit böte, das Programm kennen zu lernen. Da wird denn, um auch hier nur ein Beispiel herauszugreifen, in dem sozialdemokratischen Wahlverein für den vierten Berliner Reichstagswahlkreis klärlieh nachgewiesen als Punkt 1: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, d. h. allen ihren Gliedern, das gesamte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.“ Diese natürlich für jeden, der sie stellt, vernunftgemäßen Bedürfnisse sind ohne Zweifel das, was der Sozialdemokratie ihre Scharen zuführt, die nun die Aufgabe haben, die Punkt 2 stellt, „mit allen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft“ zu erstreben. Der Arbeiterklasse gegenüber sind „alle andern Klassen nur reaktionäre Masse.“ Das Brüllerheer der sozialdemokratischen Arbeiterwelt ist die einzige vernünftige, auf die „gesunde Wissenschaft sich stützende Partei.“ Dieses Gift wird jungen, unerfahrenen, zügellosen, aller Pietät baren Burschen — denn solche bilden einen großen Teil dieser Versammlungen — eingetröpfelt, und die Eingebungen der niedrigsten Leidenschaft werden als Forderungen einer geschichtlich notwendigen Entwicklung, als ein neues Evangelium der urteilslosen Menge vorgepredigt. „Der Träger dieser Entwicklung [Übergang der Arbeitsmittel, also aller Privatvermögen, in gemeinschaftlichen Besitz] kann nur das klarbewußte und als politische Partei organisirte Proletariat sein. Das Proletariat politisch zu organisiren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten,“ das ist das sozialdemokratische Programm, aufgestellt von der österreichischen Sozialdemokratie und für die Neugestaltung der deutschen als gutes Vorbild zu empfehlen.

Wozu die physische Kampffähigkeit verwendet werden soll, das tritt vielleicht erst zu Tage, wenn von den „Forderungen auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung“ zur Durchführung des eigentlichen und reinen Programms der sozialdemokratischen Arbeiterpartei übergegangen wird, ein Übergang, der ganz nach den Verhältnissen vollzogen werden wird. Denn „die Partei wird und muß sich in ihrer Taktik auch jeweilig nach den Verhältnissen, insbesondre nach dem Verhalten der Gegner zu richten haben.“ Wenn nämlich diese Gegner, sobald man die Mehrheit im Reichstage hat, sich willig den Anordnungen der sozialdemokratischen Führer in der Herstellung der neuen Gesellschaft fügen, dann wird uns versprochen, daß alles ohne Blutvergießen, ganz friedlich vor sich gehen soll. Denn der Sozialdemokrat ist von Natur nicht nur ganz gerecht, sondern auch ganz sanft. Von der Sorte dieser „Sanften“ versprach das „Berliner Volksblatt“ je einen neben einen „evangelischen Jüngling“ zu stellen, wenn es einmal diesen Jünglingen wieder einfallen sollte, bei der angekündigten Debatte über den Austritt aus der Landeskirche sich in die sozialdemokratische Versammlung sogar mit Rednern einzuschleichen, die durch ihr Auftreten solchen Lärm in der Versammlung hervorrufen, daß der wachhabende Polizeileutnant die Versammlung auflösen muß. Der „sanfte Sozialdemokrat“ soll dann den ungestümen evangelischen Jüngling an Ungehörigkeiten hindern. Vielleicht kommt es da recht bald in den sozialdemokratischen Versammlungen zu Proben der physischen Kampffähigkeit. Von ihrer geistigen Kampffähigkeit aber können wir uns schon jetzt ungefähr eine Vorstellung machen. Denn bei jeder Wahl für den deutschen Reichstag trat die Art der sozialdemokratischen Führer und ihrer Heerscharen, mit der „feigen, freiheits- und kulturfeindlichen Bourgeoisie“ zu kämpfen, sichtbar genug hervor. Der drohende Finger, mit dem der „Genosse“ Zigarrenhändler oder Kneipwirt oder Kommiss Voyageur seine gut eingepackte Agitationsrede hielt, der tumultuarische Lärm, mit dem sie die Versammlungen der Gegner zu unterbrechen versuchten, das Wutgebrüll, womit jede Erwiderung niedergeschrieen wurde, kurz die vollständige Zuchtlosigkeit und Verrohung, die durch die Sozialdemokratie noch mehr als durch den Freisinn in die öffentlichen Versammlungen eindrang, kann uns einen Begriff davon geben, wie sich die Dinge voraussichtlich nach dem Aufhören des Sozialistengesetzes entwickeln werden.

Von der Seite, die das Sozialistengesetz hat fallen lassen, ist vielfach die Aufforderung an die bürgerlichen Parteien ergangen, sich in der Bekämpfung der Sozialdemokratie mehr zu rühren und an Eifer der Agitation nicht hinter den Sozialdemokraten selbst zurückzubleiben. Wenn die Hilfe so kommen soll, so verrechnet man sich. In die Versammlungen der bürgerlichen Parteien kommt kein Sozialdemokrat, außer etwa mit der Absicht, sie durch wüstes Auftreten zu stören. In die sozialdemokratischen Versammlungen selbst zu gehen und dort dem sozialdemokratischen Redner Auge in Auge gegenüberzutreten, würde

eine ganz unnütze Sache sein. Mögen die fortschrittlichen Herren, die, wie Herr Professor Hänel, so groß in Moralpredigten gegenüber dem Fürsten Bismarck waren, und die auch so viel auf den Ex aequo=Standpunkt gaben, daß sie immer wieder ihre Weisheit bei der Bekämpfung des Sozialistengesetzes in der Forderung des allgemeinen gleichen Rechtes gipfeln ließen, weil sie so mit geistigen Waffen den Sozialismus vernichten zu können glaubten, mögen sie jetzt die geistigen Waffen nur tapfer schwingen! Wir werden uns über jeden ihrer Erfolge innig freuen. Wenn „Genosse“ Berndt im sozialdemokratischen Wahlverein des vierten Berliner Reichstagswahlkreises am 8. September im Lokal „Südost“ seinen „mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Ursachen der Verbrechen“ hielt, und dann folgende Resolution zu einstimmiger Annahme gelangte: „Die heutige Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins . . . erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erklärt, daß die Ursachen der Verbrechen nur der heutigen Produktionsweise und unsern ökonomischen Verhältnissen zuzuschreiben sind, und verpflichtet sich die Versammlung [soll heißen: und die Versammlung verpflichtet sich], durch Verbreitung des sozialdemokratischen Prinzips den Ursachen der Verbrechen zu steuern; denn durch die heutige moderne Gesellschaftsordnung ist das nicht möglich“ — gewiß, wir würden uns innig freuen, wenn Eugen Richter oder Professor Hänel als hochberedete Vertreter der modernen Gesellschaftsordnung den „Genossen“ Berndt belehren könnten, daß es durch die heutige Gesellschaftsordnung doch auch möglich sei, den Ursachen der Verbrechen zu steuern. Andre Leute aber, die nicht zum Fortschritt gehören, erkennen jeden Redekampf mit dem gewerbmäßigen sozialdemokratischen Agitator, der seines Publikums von vornherein und unter allen Umständen sicher ist, für ein Wagnis, dem jeder anständige Mensch sich zu unterziehen gerechte Scheu trägt. Denn sich in öffentlichen Versammlungen mit sozialdemokratischen Rednern zu messen, dazu müßten agitatorische Mittel angewendet werden, die einem Manne von guten Sitten nicht zugemutet werden können. Hier liegt das Hindernis, an dem jeder wohlgemeinte Rat zu größerer Rührigkeit der bürgerlichen Parteien scheitern wird. Darum bleibt jetzt, nachdem das Sozialistengesetz beseitigt ist, dessen Aufhebung wahrscheinlich schon jetzt die freisinnigen Ex aequo=Politiker im Stillen verwünschen, nichts weiter übrig, als die Schaffung eines Reichsvereins- und Versammlungsgesetzes, das der schrankenlosen Freiheit, mit der das sozialistische Gift jetzt verbreitet wird, Einhalt thun kann. Wenn mit sozialdemokratischer Unverfrorenheit in jedem Artikel ihrer Zeitungen, in jeder ihrer fast täglichen Versammlungen erklärt wird und erklärt werden darf, daß „die gegenwärtige Gesellschaftsorganisation gleichzeitig von allen Seiten und mit allen Mitteln, über die wir verfügen, bekämpft werden muß,“ wenn die Sozialdemokratie offen ihre Taktik bekennen darf, „durch Arbeitseinstellungen

oder Gewerkschaften eine Verminderung der Arbeitsstunden zu erwirken," weil das heiße, „an dem Bau der neuen Gesellschaft zu arbeiten," wenn sie ihr schamloses Hand in Hand gehen mit der sozialistischen Partei aller Länder laut auf dem Markt ausrufen darf, wenn ihre handwerksmäßig eingelernten Redner der urteilslosen, von Neid und Begierde getriebenen Masse Tag für Tag die Unhaltbarkeit der bestehenden Gesellschaftsordnung und die Notwendigkeit ihrer Aufhebung vorsegen dürfen, wenn sie mit nichtsnutziger Sophistik der Habgier der verlockten Menge ihre verführerischen Süße aufstellen und den Raub des Eigentums mit täuschenden Worten umschreiben und empfehlen dürfen, wie z. B. in den Sternschen Sen: „Der Sozialismus nimmt keinem und giebt jedem“, wenn man diese Auflösung alles Bestehenden, diese systematische Vernichtung des Staatsgedankens, diese Unterwhlung jedes Autorittsgefhls, dieses Zusammengehen mit den Feinden des Vaterlandes offen in Zeitungen und Vereinen proklamiren darf, weil es bei dem Geschick, mit dem die Vergiftung betrieben wird, kein Mittel zum Eingreifen giebt, wenn das alles so ist, so ist unserm Staate mit all unsrer Freiheit und mit dem ganzen Ex aequo=Standpunkt ein schlechter Dienst erwiesen. Der Sozialismus selbst ist ein Gegner, der über diesen Standpunkt lcht, oder, wie der Sozialdemokrat sagt, auf den er „pfeift,“ wie er auf die ganze rechtliche Grundlage unsrer heutigen Gesellschaft „pfeift“; er rüttelt an den Grundsäulen des Staates und sieht dem Einsturz entgegen, indem er sich die Hände reibt. „Diese Erkenntnis [von der schließlichen Aufhebung unsrer bürgerlichen Gesellschaft] zu befördern, — sagt das Liebknecht=Bebel'sche Blatt —, dieses Bewußtsein in der ganzen Arbeiterklasse zu erwecken, ist die große agitatorische und emanzipatorische (!) Aufgabe, welche die Sozialdemokratie zu erfüllen hat.“ Mit solchem Gegner giebt es kein Verhandeln von gleichem Standpunkt aus, ex aequo. Alles Entgegentreten, auch das verhnlichste, dient vielmehr dazu, den Wahnsinn noch wahnsinniger zu machen. *Bacchae bacchanti si velis adversari, ex insana insaniorem facies,* sagt Plautus. Alle die, denen unser Staat noch etwas gilt, die aber aus Liebe zum allgemeinen gleichen Recht oder auch aus Haß gegen Bismarck das Sozialistengesetz zu Falle gebracht haben, werden das schon noch einsehen. Hoffentlich nicht zu spät.

